

## **Niederschrift**

**über die Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)  
am Donnerstag, dem 08.03.2012,  
im Beratungsraum der Landeshauptstadt Magdeburg, Julius-Bremer-Str. 10**

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 12:45 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 03.11.2011 in Wernigerode, Ortsteil Sielstedt  
(versandt per E-Mail am 24.11.2011)
3. Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 in Sachsen-Anhalt;  
Erfahrungsbericht aus dem 115-Servicecenter der Landeshauptstadt Magdeburg durch Herrn Frank Ehlenberger, Leiter Fachdienst Bürgerservice
4. Stellenplan und Stellenwirtschaft;  
Erfahrungsaustausch zur Besetzung von Beamtenplanstellen
5. Haushaltskennzahlensystem für Kommunen im Land Sachsen-Anhalt und daraus abgeleitete Vorgaben zum Stellenabbau;  
Erfahrungsaustausch
6. Vergütung der Beschäftigten im Vollstreckungsdienst;  
möglicher Änderungsbedarf
7. Abschluss von Integrationsvereinbarungen gemäß § 83 SGB IX;  
Erfahrungsaustausch
8. Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle
9. Anfragen und Anregungen
10. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

### **Zu TOP 1 – Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung**

Herr Hell eröffnet die Sitzung des Arbeitskreises. Zu der Tagesordnung gibt es keine Ergänzungswünsche, so dass die Tagesordnung festgestellt wird.

## **Zu TOP 2 – Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 03.11.2011 in Wernigerode, Ortsteil Sielstedt**

Zu dem Protokoll merkt Herr Hell Folgendes an:

Unter Punkt 7.4 geht es nicht darum, dass die Kopie der Fahrerlaubnis zur Personalakte genommen wird, sondern durch die Fahrzeug verwaltende Stelle aufbewahrt wird. In diesem Fall wird der Umgang mit datenschutzrechtlich relevanten Informationen so gehandhabt, dass die Mitarbeiter nicht benötigte Informationen (z. B. Geburtsdatum) schwärzen.

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung der o. a. Anmerkung einstimmig genehmigt.

## **Zu TOP 3 – Einführung der einheitlichen Behördenrufnummer 115 in Sachsen-Anhalt; Erfahrungsbericht aus dem 115-Servicecenter der Landeshauptstadt Magdeburg durch Herrn Frank Ehlenberger, Leiter Fachdienst Bürgerservice**

Herr Ehlenberger hält seinen Vortrag an Hand einer Präsentation. Die Präsentation ist in der Anlage dem Protokoll beigelegt.

Über den Vortrag hinaus sind aus den Nachfragen und der Aussprache folgende Informationen festzuhalten:

Jeder Bürger ruft 0,9 – 1,1-mal im Jahr „seine“ Verwaltung an. Diese Zahl gibt den bundesweiten Trend wider. Um möglichst viele dieser Anrufe über die D 115-Rufnummer abzuwickeln, ist eine permanente Bewerbung der D 115 nötig. Herr Ehlenberger informiert, dass – beginnend mit dem 1. März 2012 – die D 115 nach und nach durch alle Anbieter als flattratefähig angeboten werden soll.

Die Landeshauptstadt Magdeburg arbeitet mit dem Ziel, 60 % der Anrufe im Erstkontakt abschließend zu beauskunften. Im IST werden zz. bereits fast 80 % erreicht. Aufgrund der Förderung, die die LH MD bei Einführung der D 115 vom Land erhalten hat, kann die Stadt Kommunen und Landkreisen Pilotierungen und einen know-how-Transfer anbieten. Beispielshaft erläutert er die Konditionen für den Landkreis Börde. Hier läuft die Aufschaltung auf die D 115 im ersten Jahr kostenfrei. Im Abschluss der Pilotphase wird die Call-Preisermittlung durchgeführt. Für den Einwahlservice des Landes gibt es keine laufende Finanzierungsvereinbarung. Hier ist die Finanzierung über die Einmalzahlung im Rahmen der Einrichtung des Telefonservices abgegolten.

Herr Liebenehm informiert, dass das Land beabsichtigt, über ein Flächendeckungskonzept einen Beschluss im Kabinett herbeizuführen. Sobald der Kabinettsbeschluss zur flächendeckenden Einführung der D 115 vorliegt, wird das MI die Landkreise bereisen und für das Vorhaben werben. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit will das Land das Thema weiter vorantreiben.

Herr Liebenehm hebt im Weiteren hervor, dass die grundsätzliche Entscheidung zwischen virtuellem Modell (dezentrale Rechner, die sich je nach Verfügbarkeit Online schalten) und dem zentralen Modell zu treffen ist. Die LH MD hat sich für das zentrale Modell entschieden. In der Diskussion hebt Herr Hohl hervor, dass vor dem Hintergrund einer einheitlichen Beauskunftung insbesondere bei kleinteiligen Strukturen einer zentralen Lösung der Vorzug zu geben ist.

## **Zu TOP 4 – Stellenplan und Stellenwirtschaft; Erfahrungsaustausch zur Besetzung von Beamtenstellen**

Herr Liebenehm berichtet, dass das Land Sachsen-Anhalt mit 3.500 Beamten auf kommunaler Ebene in die Umlagefinanzierung der Pensionen eingestiegen ist. Ausgehend von dem Durchschnittsalter der Beamten (49,15 Jahre) und der geringen Quote der Verbeamtungen (7,1 %, Durchschnitt in den alten Bundesländern: 10 %) muss geschlossen werden, dass frei werdende Beamtenstellen mehr und mehr durch Angestellte besetzt werden. Er nimmt eine ablehnende Haltung der Stadträte zu Verbeamtungen wahr. Vor dem Hintergrund der zu zahlenden Umlage für nicht besetzte Beamtenstellen in Höhe von 35 % hält es Herr Liebenehm für geboten, hier auch eine Verbeamtung von Mitarbeitern voranzutreiben. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine vergleichende Darstellung der Kosten für Verwaltungspersonal durch die Stadt München. Im Fazit geht die Stadt München davon aus, dass ein Beamter je nach Familienstand 6 – 20 % weniger an Personalkosten verursacht im Vergleich zu einem Angestellten. Sachsen-Anhalt bietet weiter den Vorteil, dass mit relativ einfach zu erfüllenden Voraussetzung eine Anerkennung sog. „anderer Bewerber“ im Landespersonalausschuss erwirkt werden kann.

Herr Hell berichtet, dass die Stadt Stendal wenige Beamte beschäftigt. Durch die Verwaltung war in der Vergangenheit der Versuch unternommen worden, eine entsprechende Anzahl von Stellen in Beamtenstellen zu wandeln. Dies war vom Stadtrat nicht gewollt. Verbeamtungen erfolgen jeweils als Einzelfallentscheidung. Dies gilt ebenso für die Ausweisung der Stellen als Beamtenstellen im Stellenplan.

Zur Situation in der LH MD berichtet Frau Mittendorf, dass dort im Jahr 2009 die Umlagen für nicht mit Beamten besetzten Stellen sich bereits auf 450.000 Euro pro Jahr summiert hatten. Im Zuge eines Aufbaus eines Personalkostencontrollings wurde eine systematische Wandlung von Angestellten- und Beamtenstellen in Verbindung mit einer Interessenabfrage der Mitarbeiter durchgeführt. Die zu entrichtende Umlage konnte sich damit bis heute auf deutlich unter 100.000 Euro reduzieren lassen. Für die Zukunft strebt die LH MD an, dass die Struktur der Beamtenstellen in Einklang mit der der zu entrichtenden Pensionsumlage zugrunde liegenden Versicherungsmathematik in Einklang steht. Darüber hinaus darf nicht unterschätzt werden, dass die Arbeitsplatzsicherheit ein wichtiges Kriterium bei der Arbeitgeberattraktivität ist. In diesem Zusammenhang berichtet Frau Mittendorf von der kürzlich erschienenen Studie des Metop-Institutes \*).

Herr Liebenehm hinterfragt, ob es hilfreich sein könnte, dass durch den Städte- und Gemeindebund unter Bezugnahme auf die Auswirkungen auf den Haushalt eine Werbung für Verbeamtungen sinnvoll sein könnte. Dies wird von dem Kreis als nicht hilfreich angesehen.

Frau Elsner berichtet aus Genthin, dass der Stadtrat in diesem Zusammenhang sogar Klage gegen die Kommunalaufsicht erhoben hat. Eine Verbeamtung wurde dort grundsätzlich verweigert. Im Ergebnis des Verfahrens werden die Stellen nunmehr gemäß der Auflage der Kommunalaufsicht im Stellenplan als Beamtenstellen ausgewiesen, aber dauerhaft mit Angestellten besetzt.

## **Zu TOP 5 – Haushaltskennzahlensystem für Kommunen im Land Sachsen-Anhalt und daraus abgeleitete Vorgaben zum Stellenabbau; Erfahrungsaustausch**

Herr Liebenehm berichtet über die Eckdaten aus dem HH-Kennzahlensystem und welche Entwicklung der Umgang mit diesen Zahlen durch die Kommunalaufsicht genommen hat. In der Tendenz lässt sich feststellen, dass die im Rahmen des Gutwertes bestimmten Zahlen und die jeweils erzielten Bestwerte die „Leitplanken“ bilden für die Beauftragung von Stellenplänen durch die Kommunalaufsicht. Stellenvertretend berichtet Herr Liebenehm über die Auflagen, die der Stadt Sangerhausen aufgegeben wurden. Hier ist es sogar dazu gekommen, dass diese in der Vergleichsgruppe den Bestwert erreicht. Durch die Kommunalaufsicht wurden ATZ-Kräfte in Freizeitphase nicht herausgerechnet, so dass eine Vorgabe von 3,9 Vollbeschäftigteinheiten pro 1.000 Einwohner für die Verwaltung vorgegeben wurden. Herr Liebenehm hinterfragt, ob es sich dabei um einen Einzelfall handle, oder ob dies systematisch erfolge. Er habe im Innenministerium nachgefragt und dort die Auskunft erhalten, dass es keine entsprechenden Vorgaben gegenüber der Kommunalaufsicht gegeben habe.

Frau Goldberg berichtet, dass mit der Meldung zum 30.09.2011 die Stadt Quedlinburg einen Wert von 4,95 VbE/1.000 EW erreicht hatte. Sie wurden nunmehr überrascht von einer Beauftragung des Stellenplanes durch die Kommunalaufsicht. Diese fordert eine Reduktion des Stellenplanes um 32 VbE mit einem angenommenen Einsparvolumen von 1,7 Mio. Euro.

Abgesehen davon, dass die Anzahl der einzusparenden Stellen in ihrer Herleitung sich nicht erschließt, bedeutet der zu Grunde gelegte Einsparbetrag, dass hier offensichtlich mit durchschnittlichen Personalkosten von 53.000 Euro/Mitarbeiter gerechnet wurde. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Der Durchschnittswert schwankt um die 45.000 Euro und liegt damit im Trend auch der anderen Kommunen.

Frau Bartels kann für die Stadt Calbe/Saale Ähnliches berichten. Hier wurde ein Korridor von 3,0 – 2,7 VbE von der Kommunalaufsicht vorgegeben. Auf Nachfrage haben sie dort jedoch die Auskunft erhalten, dass dieses Vorgehen zwischen MI, LvwA und Kommunalaufsicht so abgestimmt sei. Im Übrigen habe die Verfügung einen ähnlichen Wortlaut wie die der Stadt Quedlinburg. Frau Bartels wird die Verfügung dem SGSA zur Verfügung stellen.

Herr Hohl bestätigt die Ausführungen von Frau Bartels. In Bernburg liegt die Vorgabe zwischen 3,9 und 4,0 VbE/1.000 EW.

\*) Sonja Schmicker, Stefan Wassmann, Claudia Kramer: ARBEITGEBER-ATTRAKTIVITÄT aus Sicht von Studierenden Studie 2011  
Bestellung: METOP GmbH, An-Institut der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Sandtorstraße 23, 39106 Magdeburg  
Mail: [info@metop.de](mailto:info@metop.de)  
Telefon: 0391/54486-19250  
Fax: 0391/54486-19259

Universitätsverlage Magdeburg, ISBN: 978-3940961-65-5

Frau Dr. Neshau berichtet für die Stadt Wanzleben, dass hier zz. der Stadtrat noch den Bestwert unterschritten wissen will und die Maßnahmen bis zum Jahr 2013 umgesetzt haben möchte. Eine entsprechende Beschlussvorlage befindet sich in Vorbereitung.

Für die Argumentation hebt Herr Hell hervor, dass bei dem Vergleich zwischen Kommunen ein stärkerer Bezug auf die individuelle Struktur der Aufgabenwahrnehmung genommen werden muss.

Frau Mittendorf ergänzt hierzu, dass grundsätzlich das kostenartenbezogene Sparen (hier: Personalkosten) vor dem Hintergrund der Freiheiten der kommunalen Selbstverwaltung unsinnig ist. Dieses Missverhältnis verschärft sich mit dem Doppiksystem. Es muss hier eindringlich gegenüber dem Land ein aufgabenbezogener Vergleich der dort insgesamt entstehenden Kosten eingefordert werden und nicht einzelne, willkürlich herausgegriffene Kostenarten. Sie macht dies am Beispiel der Ausgliederung der Kindertagesbetreuung in der LH MD und der daraus resultierenden finanziellen Entwicklungen deutlich. Unter dem Strich ist hier die Leistungserbringung teurer geworden, gleichwohl haben sich die Personalkosten verringert, da die Ausgaben nunmehr als Zuwendungen und Zuschüsse an die Freien Träger geführt werden.

In Verbindung mit dieser Diskussion berichtet Herr Liebenehm zum Sachstand bezüglich der **Fortschreibung des FAG**. Der Entwurf soll bis Ende März 2012 erstellt werden. Der über das FAG zur Verfügung gestellte Betrag ist vom Land politisch motiviert gedeckelt. Auch hier findet keine aufgabenbezogene Betrachtung des Finanzbedarfes statt. Auf diese Diskussion will der SGSA sich einstellen.

In diesem Zusammenhang ist Herrn Liebenehm im Zuge der Vorbereitung aufgefallen, dass es Abweichungen gibt zwischen den Zahlen, die verwendet werden durch die Verwaltungen, fußend auf der Definition des Begriffes der Kernverwaltung aus dem Jahr 2004 und dem unter dem Begriff Kernhaushalt der Verwaltung des in den statistischen Berichten des LSA ausgewiesenen Stellenanteils. Er trägt hierzu Beispielzahlen bezogen auf die anwesenden Kommunen vor. Er bittet um Aufklärung der Differenzen und Unterstützung in der Argumentation.

#### **Zu TOP 6 – Vergütung der Beschäftigten im Vollstreckungsdienst: möglicher Änderungsbedarf**

Herr Liebenehm berichtet, dass auf Seiten des Landes die Vollstreckungsvergütungsverordnung überarbeitet wird und die ausgekehrten Vollstreckungsvergütungen pauschaliert werden sollen. In den Kommunen erfolgt weiterhin eine Differenzierung der Vergütung nach den Fallakten. Es stellt sich die Frage, inwieweit eine Pauschalierung auch für die Kommunen angeraten ist.

Nach Aussprache empfiehlt der AK Nord, die Vollstreckungsvergütungen nicht zu pauschalieren.

#### **Zu TOP 7 – Abschluss von Integrationsvereinbarungen gemäß § 83 SGB IX; Erfahrungsaustausch**

Herr Hell trägt vor, dass Integrationsbeauftragte und Personalrat den Wunsch nach Abschluss einer Integrationsvereinbarung geäußert haben. Für Herrn Hell erschließt sich der Sinn nicht

unmittelbar, da kaum Dinge formuliert sind, die über die ohnehin bestehenden gesetzlichen Pflichten hinausgehen. Er bittet um Erfahrungsaustausch.

Aus dem Kreis der Anwesenden haben drei Kommunen eine Integrationsvereinbarung. In der Mehrheit ist hier dem Wunsch der jeweiligen Vertretungen für die Schwerbehinderten bzw. dem Personalrat nachgekommen. Sie dienen als „Hilfsmittel“ in der Kommunikation, haben jedoch kein zwingendes inhaltliches Erfordernis.

Herr Hohl berichtet, dass in Bernburg eine jährlich Gesamtveranstaltung für alle schwerbehinderten Kollegen durch die Schwerbehindertenvertretung durchgeführt wird.

## **Zu TOP 8 – Aktuelle Mitteilungen der Landesgeschäftsstelle**

### Führungskräftenachwuchsschulung

Herr Liebenehm berichtet über ein zentral zur Verfügung gestelltes Angebot zur Führungskräftenachwuchsschulung, das jedoch mit 1.600 Euro/Teilnehmer zu Buche schlägt. Er fragt an, inwieweit es im AK Nord z. B. über die SIKOSA genutzte Führungskräfte-seminare gibt oder ob diese über die SIKOSA organisiert werden sollen. Aus dem Kreis wird rückgemeldet, dass die Kommunen zu klein sind für Nachwuchskräfteprogramme. Eine fallbezogene Schulung ist das Mittel der Wahl. Die Städte Magdeburg, Dessau-Roßlau, Haldensleben und Burg werden bis 2014 diesbezüglichen Schulungsbedarf über ein Förderprogramm, das über die DAA organisiert wurde, abdecken.

### Standardabbau

Herr Liebenehm berichtet zur AG Standardabbau, die inhaltlich nicht zügig vorankommt. Durch Herrn Prof. Gundlach, MI LSA, wurde nunmehr angeregt, die „Experimentierklausel“ im Sinne von § 133 Abs. 5 GO LSA zu reaktivieren.

Herr Liebenehm merkt zwar kritisch an, dass dieses Vorgehen keine dringend benötigten kurzfristigen Effekte erzielt, gleichwohl sollte man sich für die mittelfristige Perspektive diesem Ansatz nicht verstellen. Das IM hat geäußert, dass jeweils für bestimmte Themenkreise von Standardabbau 5 – 6 Kommunen gemeinsam eine entsprechende Pilotierung unternehmen. Themenkreise könnten sein: Kinderförderungsgesetz, Bauleitplanung, Schulwesen etc. Herr Liebenehm bittet um Rückmeldung zu diesem Thema.

### Altersdiskriminierung

Herr Liebenehm berichtet zur aktuellen Rechtsprechung. Auf Landesebene wurden etliche Widersprüche eingelegt. Diese wurden ruhend gestellt bis zur endgültigen Entscheidung. Vereinzelt wurden Widersprüche eingelegt. In der LH MD haben einige Organisationsbereiche mit hohem Beamtenanteil flächendeckend Widersprüche eingelegt. Die LH MD stellt diese auch ruhend und hat über die Risiken eine Rückstellung gebildet.

## **Zu TOP 9 Anfragen und Anregungen**

Frau Mittendorf sucht Informationsaustausch auf der Arbeitsebene in Sachen Trennungsgeld. Herr Liebenehm gibt den Hinweis, hier über die zentrale Bezügestelle der Oberfinanzdirektion Kontakt zu suchen.

Für die nächste Sitzung regt Frau Mittendorf an, sich mit dem Thema Dokumentenmanagementsysteme (DMS) auseinanderzusetzen. Die Einführung eines DMS ist zu 98 % ein Organisationsthema. Der AK Steuerung und Strategie der KITU, der sich der IT-Seite dieses Themas stellt, bittet hier um inhaltliche Unterstützung aus der Sicht der Organisatoren.

Die Anregung wird für die nächste Tagesordnung aufgegriffen. Frau Dr. Neshau schlägt vor, sich mit dem Thema DE-Mail auf der nächsten Sitzung zu beschäftigen. Auch dieser Vorschlag wird bestätigt.

#### **Zu TOP 10 - Zeit und Ort der nächsten Sitzung**

Es wird verabredet, die nächste Sitzung am Donnerstag, dem **10. Juli 2012, 10:00 Uhr** in Calbe/Saale durchzuführen.

Herr Hell beendet die Sitzung um 12:45 Uhr. Die Teilnehmer besichtigen im Anschluss an die Sitzung das Servicecenter D 115 der Landeshauptstadt Magdeburg.

gez. Mittendorf

**Anlage**

# STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



## Anwesenheitsliste

für die Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)  
am Donnerstag, dem 08.03.2012, im Fachbereich Personal- und Organisationservice der  
Landeshauptstadt Magdeburg, Julius-Bremer-Str. 8 - 10, 39104 Magdeburg

| Kommune                                         | Name              | Unterschrift |
|-------------------------------------------------|-------------------|--------------|
| KANSE STADT STENDAL                             | R. HELC           |              |
| LH Magdeburg                                    | Regina Mittendorf |              |
| Gem. Möser                                      | Det's Jantz       |              |
| Stadt Wöl.-Börde                                | Dr. M. Weskann    |              |
| Stadt GutsMuths                                 | Goldbach          |              |
| Stadt Blankenburg                               | Sonja Hellwich    |              |
| Wasser- u. Abwasserverb.<br>Holtzmann - Bode WR | Astrid Poppe      |              |
| Stadt Halberstadt                               | Hentling, Rüdiger |              |
| Stadt Garbsen                                   | Bartels, Jochen   |              |
| Stadt Halberstadt                               | Kuschel, Peter    |              |
| Stadt Schönebeck                                | Kreft, W.-Heinz   |              |
| Gemeinde Nieder Börde                           | Schneider         |              |
| Stadt Bismarck (Jade)                           | Hole              |              |
| Stadt Staßfurt                                  | Gbur              |              |
| — u —                                           | Achilles          |              |
| Stadt Greußen                                   | Carola Elsner     |              |
|                                                 |                   |              |
|                                                 |                   |              |
| SGSA                                            | Herr Liebenehm    |              |